

Ist ein Ende des Ukraine-Kriegs in Sicht?

Düstere Perspektiven für die Ukraine

Die Lage in der Ukraine ist düster. Die Sommeroffensive brachte nicht den erhofften Durchbruch zum Azowschen Meer und mündete wieder in einen Stellungskrieg. Die ukrainische Armee ist ausgedünnt und erschöpft, wie viele Berichte zeigen. Neue Soldaten sind schwer zu rekrutieren, sodass nun auch Studenten und Frauen mobilisiert werden müssen. Im Interview mit *The Economist* erklärte der ukrainische Oberbefehlshaber [General Saluschnyi](#) seiner Armee fehlten die Waffen, um die russische Seite wirksam in die Enge treiben zu können.

Während die ukrainische Seite vollständig auf westliche Unterstützung angewiesen ist, müsse sich Putin keinerlei Sorgen machen, ob und wie lange er den Krieg weiterführen kann, denn die russische Wirtschaft sei wider Erwarten keineswegs eingebrochen und die Rüstungsindustrie habe ihren Output erhöht, war dazu am 16. November im amerikanischen *Wall Street Journal* zu lesen. Es sei höchste Zeit, „magisches Denken“ aufzugeben, schrieb der Autor des Artikels Eugene B. Rumer. Der Westen müsse sich dieser harten Realität stellen, forderte am gleichen Tag auch Svitlana Morenets im britischen *Spectator*. Unter Berufung auf den österreichischen Militärhistoriker [Markus Reisner](#) erklärt sie, die Ukraine und der Westen hätten nur noch die Wahl zwischen der vollständigen Mobilisierung und Aufrüstung in Vorbereitung auf eine Offensive im kommenden Jahr oder der Einleitung von Verhandlungen, was für die Ukraine angesichts ihrer momentanen Schwächeposition den Verlust ihrer Staatlichkeit bedeuten könne. Noch weiter ging am 17.11. [Richard Hass](#) in *Foreign Affairs*, der die Biden-Administration dazu aufforderte, die Ukraine zu sofortigen Friedensverhandlungen mit Russland zu drängen.

Bisher liegt jedoch keine über militärische Unterstützung hinausgehende realistische Initiative westlicher Politiker vor. Angesichts des in den USA wachsenden Widerstands gegen die Unterstützung der Ukraine scheinen nun die europäischen Staaten mehr oder weniger widerwillig in die Bresche springen zu wollen. Insbesondere Deutschland wird die Militärausgaben für die Ukraine [verdoppeln](#) und wird damit nach den USA zum zweit-größten Unterstützer des kriegsgebeutelten Landes. Laut [SWR3](#) (14.11.2023) räumt Verteidigungsminister Pistorius allerdings ein, dass Europa angesichts unzureichender industrieller Kapazitäten nicht in der Lage sei, im geplanten Zeitraum die anvisierte Munitionsmenge zu liefern.

Die USA argumentieren, es sei an Präsident Selenskij, über mögliche Verhandlungen zu entscheiden. Der gesteht zwar die Angewiesenheit seines Landes auf westliche Unterstützung ein, setzt jedoch weiterhin auf Sieg und wirbt für einen [maximalistischen 10-Punkte Friedensplan](#), der für Russland indiskutabel ist. Ebenso unrealistisch ist Bundeskanzler Scholz' Bestehen auf den völligen Abzug russischer Truppen aus der Ukraine als Vorbedingung für Verhandlungen.

Diplomatie statt militärischer Eskalation

Im Gegensatz dazu forderten die Staaten des Globalen Südens, auch angesichts ihrer gefährdeten Lebensmittel- und Energiepreissicherheit, wiederholt eine Verhandlungslösung, so z.B. im August [die BRICS-Staaten](#) bei ihrem Gipfeltreffen. Obwohl sie mehrheitlich den russischen Einmarsch in die Ukraine verurteilten, beteiligten sie sich weder an den Sanktionen noch an der diplomatischen Isolierung Russlands.

Im Westen erheben und begründen immer wieder zivilgesellschaftliche Initiativen die gleiche Forderung, so z.B. [Nikolai Petro und Ted Snider](#) in einem Ende Oktober publizierten Artikel. Anfang September hatten schon Professor Dr. Peter Brandt, Professor Dr. Hajo Funke, General (ret.) Harald Kujat and Professor Dr. h. c. Horst Teltschik der Bundesregierung einen ausführlichen

[Verhandlungsvorschlag vorgelegt](#). Gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten [rufen die Autoren](#) nun zu einer Demonstration am 25. November in Berlin auf.

„Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und weltweit,“ stellen sie fest. „Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet. Wir müssen die Rutschbahn in Richtung dritter Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen.“

Alle erwähnten Initiativen argumentieren, dass die Fortführung des Ukraine-Krieges weder moralisch noch sachlich zu rechtfertigen sei. Während fortwährend Menschen sterben, sei die Ukraine wirtschaftlich ruiniert worden, die Bevölkerung stark geschrumpft. Auch Russland könne vom Frieden nur profitieren, v.a. angesichts der eigenen Verluste, darüber hinaus aber auch diplomatisch in den Augen der Staaten des Globalen Südens, mit denen das Land wichtige Partnerschaften unterhalte und entwickle. Europa leide wirtschaftlich stark unter dem Krieg und damit unter einer zunehmend unzufriedenen Bevölkerung. Und die Vereinigten Staaten könnten Petro und Snider zufolge unmöglich wollen, dass Russland immer stärker in Chinas Arme getrieben werde. Denn anstatt Russland zu isolieren und die Hegemonie der USA zu stärken, habe der Krieg die wirtschaftliche und politische Multipolarität gefördert und die strategische Partnerschaft zwischen Russland und China gestärkt.

Verhinderte Friedenschancen

Die bittere Erkenntnis: Eine Verhandlungslösung für den Ukraine-Krieg scheiterte und scheitert nicht etwa an der Sache, sondern am Willen, insbesondere - im Gegensatz zur landläufigen Meinung – am politischen Willen der westlichen Seite. Und nicht nur das: Der Krieg hätte schon im Vorfeld verhindert werden können; denn Lösungsvorschläge für den Konflikt lagen schon lange zuvor auf dem Tisch.

Petro / Snider erinnern daran, dass es die ukrainische Führung war, die die Umsetzung des Minsk 2 Abkommens verhinderte, wie der ehemalige Präsident des Landes Petroschenko erst kürzlich im Interview bestätigte. Die westlichen Staaten duldeten diese Haltung, trotz dessen Verabschiedung im UN-Sicherheitsrat. Auch das räumten die Mit-Architekten des Abkommens Angela Merkel und Francois Hollande sowie NATO-Chef Stoltenberg vor kurzem ein.

Funke, Kujat und Schulenburg bekräftigten nun in einer [kürzlich veröffentlichten Analyse](#), dass schon im Frühjahr 2022 die Chance auf einen Verhandlungsfrieden zum Greifen nahe war, eine Chance, die jedoch durch das Einschreiten westlicher Regierungen zunichte gemacht wurde. Selenskij hatte den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennet und Altbundeskanzler Gerhard Schröder um Vermittlung mit Putin gebeten. So gab es mehrere Verhandlungsrunden, zuletzt in Istanbul. Als Ergebnis legte in der 3. Märzwoche 2022 die ukrainische Seite der russischen ein 10-Punkte-Papier als Basis für Friedensverhandlungen vor. Das berichteten nicht nur Bennet in einem Interview im Frühling 2023, sondern vor kurzem auch Schröder und schon im April 2022 der damalige türkische Außenminister, Mevlüt Çavuşoğlu. Und Präsident Putin zeigte diesen Plan einer afrikanischen Politiker-Delegation zum Beweis, dass nicht er es sei, der diplomatische Lösungen verhindere.

Dass dafür die westliche Seite verantwortlich ist, zeigt der von Funke et. al. dargestellte Ablauf der Ereignisse: Nach anfänglicher Unterstützung der Verhandlungen wurden sich die westlichen Staatschefs bereits am 24. März auf einem Natogipfel unter Anwesenheit Präsident Bidens darüber einig, dass ein sofortiger Friedensschluss nicht in ihrem Interesse sei. Noch am 27. März verteidigte Selenskij den Plan, ebenso wie auch Putin am 28. März, der als Zeichen guten Willens gleichzeitig auch Truppen aus der Nähe von Kiew und Kharkov abziehen ließ. Am 29. März veröffentlichte die

westliche Seite jedoch die Forderung nach einem vollständigen Abzug russischer Truppen als Vorbedingung für weitere Verhandlungen. Das endgültige Aus kam dann von Boris Johnson am 5. April, der bei einem Besuch in Kiew deutlich machte, dass der Westen unter den gegebenen Umständen nicht bereit sei, der Ukraine die nach dem 10-Punkte-Plan vorgesehenen Sicherheitsgarantien zu geben.

Am gleichen Tag schrieb die *Washington Post*, dass es einigen NATO-Staaten zufolge besser sei, wenn die Ukrainer weiter kämpften und stürben, als einen Frieden zu erreichen, der zu früh käme oder für Kiew und das übrige Europa zu hohe Opfer fordere.

Bei seinem zweiten Besuch in Kiew am 25. April 2022 sagte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin dann, die USA wollten die Gelegenheit nutzen, um Russland militärisch und wirtschaftlich dauerhaft zu schwächen. Nach Angaben der *New York Times* sei es der US-Regierung dabei nicht mehr um einen Kampf um die Kontrolle der Ukraine gegangen, sondern um einen Kampf gegen Moskau im Zuge eines neuen Kalten Krieges. Bei einem von ihm einberufenen Treffen der Verteidigungsminister der NATO-Mitglieder und anderer Länder am 26. April 2022 erklärte der Pentagon-Chef den militärischen Sieg der Ukraine über Russland zum strategischen Ziel der NATO und wurde darin von seinen europäischen Kollegen und Kolleginnen ohne wenn und aber unterstützt.

Heute ist festzustellen, dass der Westen sich verschätzt hat; weder die Ziele der Ukraine, noch die der NATO-Staaten wurden bisher erreicht. Der o.g. Eugene B. Rumer konstatiert:

“Putins Macht wurde paradoxerweise durch den gescheiterten Aufstand von Jewgeni Prigozhin im Juni gestärkt. Die Unterstützung der Bevölkerung für den Krieg ist nach wie vor solide, und der Rückhalt in der Elite für Putin ist nicht gebrochen.”

Eckpunkte einer möglichen Verhandlungslösung

Wie könnte eine Verhandlungslösung von der Sache her aussehen? Im Grunde geht es um drei grundsätzliche Fragen, zu denen schon bei den Istanbul-Verhandlungen Lösungsansätze gefunden wurden, wie Petro und Snider darlegen:

1. Garantie der Souveränität und des wirtschaftlichen Potenzials des ukrainischen Staates.

Heute müsse die Ukraine anders als vor dem Krieg territoriale Zugeständnisse machen, die noch dazu weitergingen als in 2022 besprochen. Die Krim und der Donbas seien aufzugeben, für die von Russland neu annektierten Oblaste Kherson and Zaporizhzhia müssten neue Regelungen gefunden werden. Russland sollte im wirtschaftlichen Interesse der Ukraine ausdrücklich zusichern, dass es keine weiteren Gebiete einnehmen wird.

2. Garantie der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands und der Ukraine.

Hier ginge es um die Umsetzung der auf der Außenministertagung in Kopenhagen am 6. und 7. Juni 1991 festgelegten eigenen Grundsätze der NATO, nach denen die NATO "keinen einseitigen Vorteil aus der sich verändernden Lage in Europa ziehen", nicht "die legitimen Interessen" anderer Staaten "bedrohen" oder sie "isolieren" und nicht "neue Trennlinien auf dem Kontinent ziehen" soll.

Bei den Verhandlungen in Istanbul 2022 versprach die Ukraine beispielsweise, „keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben“. Im Gegenzug stimmte Russland alternativen Sicherheitsvereinbarungen zu, die unter anderem vorsehen, dass die Ukraine die Instrumente erhält, die sie benötigt, um sich nach dem „israelischen Modell“ zu verteidigen, und die bilaterale

Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern umfassen, darunter möglicherweise die Vereinigten Staaten, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und China.

Im Sinne einer europäischen Friedensordnung wären eine entmilitarisierte Pufferzone einzurichten und Verhandlungen über eine gegenseitige strategische Rüstungsreduzierung aufzunehmen

3. Rechtsschutz für die russischsprachige Bevölkerung im Donbas und die Ukrainer in den neuen russischen Gebieten.

Ausblick

Petros und Sniders Fazit: Russland könne niemals von der Verantwortung für die Tausende Kriegsoffer und die Zerstörungen freigesprochen werden. Besonders tragisch für die Ukraine sei jedoch, dass viele dieser Verluste hätten vermieden werden können, wenn der Westen die zum Greifen nahe Einigungschance im Frühjahr 2022 nicht vereitelt hätte. Und dafür seien diese Regierungen gemeinsam mit der Selenskijs verantwortlich.

Die Autoren sind sich mit den o.g. Initiativen einig, dass es höchste Zeit für die Ukraine und deren westliche Verbündete sei, Verhandlungen mit Russland aufzunehmen. Jede weitere Verzögerung werde die Konditionen für die Ukraine weiter verschlechtern. Putin sei weiterhin verhandlungsbereit, argumentieren Petro / Snider mit Verweis auf Putins Äußerungen im Juni 2023, als er sagte, an den russischen Kriegszielen habe sich seit 2022 nichts verändert.

Zweifel sind angebracht. Die grundsätzlichen von Russland genannten Kriegsziele Demilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine sowie Schutz der russischsprachigen Ukrainer mögen sich vielleicht nicht verändert haben. Ob aber Russland angesichts seiner aktuellen Position der relativen Stärke nicht doch beabsichtigt, die Gebiete um Kharkov, Odessa und die Schwarzmeerküste bis hin nach Transnistrien zu annektieren, und, wenn ja, ob dieses Vorhaben gelingen wird, militärisch oder am Verhandlungstisch, bleibt abzuwarten. Putins [jüngster Hinweis](#) deutet darauf hin. Demnach sei die Verteidigung der russischen moralischen Werte, Geschichte, Kultur und Sprache der Schlüssel zu den heutigen Ereignissen, auch „indem wir unseren Brüdern und Schwestern im Donbass und in Noworossija helfen, das Gleiche zu tun.“ Dabei betonte er die „historischen Tatsache“, dass die Bezeichnung *Noworossija* „die südrussischen Gebiete - die gesamte Schwarzmeerregion und so weiter“ umfasse, die von Katharina der Großen nach einer Reihe von Kriegen mit dem Osmanischen Reich gegründet worden seien.

Das wären dann wirklich düstere Aussichten für den übrig gebliebenen „disfunktionalen Rumpfstaat“ (John Mearsheimer) Ukraine ohne Schwarzmeereszugang. Ob eine solche Vorgehensweise wirklich im russischen Interesse bzw. dem eines dauerhaften Friedens in Europa läge, bleibt offen.